

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dabberbrück, Schalksmühle, Bräse, Oberbräse, Lüdenscheid, Holiwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Ronsahl, Melmerzhagen, Ualbert, Mühlbofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell Jr., Halver i. Westfalen.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 303

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Posthalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 2.95, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12

Halver

Samstag, den 28. Dezember.

Anzeigen: Für die einseitige Beilage über deren Raum 20 Wp., Restamteile 50 Wp. — Jede Abnahme wird hinfällig bei zwangsweiser Beilegung der Gebühren.

1918

Rechts oder links?

Aus bürgerlich politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Revolution hat das Wahlrecht zur Nationalversammlung gebracht, die, an keine schon bestehende Verfassung, an keines der zahlreichen Gesetze gebunden, wirklich souverän sein und also die Bedingungen, unter denen wir leben, von Grund aus neugestalten soll. Sie soll entscheiden, ob wir uns dauernd als Republik einrichten, ob wir dieser einen demokratischen oder einen sozialistischen Charakter geben, wie wir das Verhältnis unter den deutschen Bundesstaaten regeln, die verschiedenen Reichsgewalten gegeneinander abgrenzen wollen und tausend andere Dinge mehr — kurz, sie wird zuständig sein für alles und jedes, für großes und kleines, und jeder Deutsche, ohne Unterschied des Geschlechts, er braucht nur das 20. Lebensjahr vollendet zu haben, wird berufen sein, an ihrer Zusammensetzung auf Grund des gleichen Wahlrechts mitbestimmend teilzunehmen. Fürwahr eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert!

Viel Zeit zur Vorbereitung ist nicht gegeben; schon am 19. Januar wird das Volk an die Wahlurne treten und seinen Willen festlegen. Das Volk! Ein kurzes, aber wohl so ziemlich das inhaltsschwerste Wort des ganzen deutschen Sprachschates. Von den rund 65 Millionen Bewohnern unseres Landes werden etwa 40 Millionen berufen sein, sich an dieser grundlegenden Staatshandlung zu beteiligen — gegen 12 bis 13 Millionen, denen nach dem Reichstagswahlrecht die Befugnis zur Wahl von Volksvertretern anstand. Früher war man manchmal um eine Wahlparole verlegen; die Zeitdauer des alten Parlaments war abgelaufen, und ein neues mußte gewählt werden. Heute wissen wir alle, daß ein tiefer Einschnitt in unser Volks- und Staatsleben geschehen ist. Was vergangen, kehrt nicht wieder — aber wie soll das aussehen, was wir an seine Stelle zu setzen haben. Die Sozialisten haben die Revolution gemacht, sie haben sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt, und sie streben nun auch danach, in deren Besitz zu bleiben, möglichst ungeteilt und möglichst unbeschränkt, um endlich das Deutsche Reich nach ihren Parteiprogrammen umgestalten zu können. Volk stolzen Selbstgefühls gehen sie vor: die Wahlen von 1912 brachten ihnen zwar nur ein Drittel aller abgegebenen Stimmen, aber sie verließen sich auf die Wirkungen des ungeliebten Krieges und auf die Erfolge ihrer gründlichen Wahlarbeit, in der sie ja unbeschränkt Meister sind. Zum erstenmal in ihrem Parteileben wird sie zwar diesmal gegen eine wohlorganisierte Opposition in ihren eigenen Reihen anzukämpfen haben, und die rücksichtslosen Freischärler des Spartakusbundes werden ihr auch viel zu schaffen machen, im ganzen aber darf sie zum mindesten mit Sicherheit darauf rechnen, die stärkste Partei für die Nationalversammlung zu stellen, und nur soviel kommt in Frage, ob sie schon für sich allein über die absolute Mehrheit verfügen wird oder nicht. Geben ihre weitgespannten Hoffnungen in Erfüllung, dann erhält sie mehr als die Hälfte aller Stimmen. Dann hat sie die volle Macht und kann ihren Willen durchsetzen ohne Rücksicht auf andere Parteien. Der nichtsozialistische Teil des Volkes, das nicht zu den Lehren von Marx und Lassalle schwörende

Bürgertum, wird seine Kräfte zu sammeln haben, wenn es diesen Ausgang der Wahl verhindern will. Denn wenn es heute auch wohl in seiner großen Mehrheit für Volksherrschaft eintritt, eintreten muß, weil alle früheren Autoritäten sozulagen auf und davongegangen sind, so wenig wird das Bürgertum und die mit ihm zu verwandten Zielen strebenden Glieder des Volkskörpers damit einverstanden sein, daß ein Teil des Volkes die ganze und ausschließliche Herrschaft in Deutschland eingeräumt erhält. Dann würde wohl jede Rücksicht auf andere Parteien verschwinden und nichts als das nackte eigene Parteinteresse würde den Ausschlag geben. So wäre es, wenn die Rechte für sich allein die Macht bekäme; so wäre es auch, wenn die reine Linke an das eigentliche Ziel ihrer Wünsche gelangte.

Deshalb werden die bürgerlichen Parteien ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf richten, daß die sozialdemokratische Mehrheit nicht in die Lage kommt, völlig für sich allein zu wirtschaften. Sie muß nach bürgerlichen Anschauungen unter der Hälfte der Mandate gehalten werden, soll die oben gekennzeichnete Lage nicht nur für den Augenblick, sondern für wahrhaftig unabsehbare Zeit eintreten. Der gegebene Aufmarsch wäre bei solcher Lage der Verhältnisse die unbedingte Geschäftsheit aller nicht sozialistischen Parteien. Ein Ideal, das in Deutschland auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist. Also muß getrennt marschiert, aber vereint geschlagen werden. Das will sagen: jeder suche bei der Partei Anknüpfung, der er sich am nächsten fühlt. Bei der deutsch-nationalen Volkspartei, die alle konservativen Richtungen zusammenfassend verjüngt und erneuert will; oder bei der christlichen Volkspartei, in die das frühere Zentrum sich umgewandelt hat; oder bei der deutschen Volkspartei, die den Kern der Nationalliberalen umschließt; oder endlich bei der deutsch-demokratischen Partei, die den am weitesten nach links vorgeschobenen Flügel des deutschen Bürgertums darstellt.

Aber er wähle, wähle unbedingt, denn jede Stimme kann den Ausschlag geben, bei der Verhältniswahl, mit der wir es diesmal zu tun haben, ebenso wie bei den früheren reinen Mehrheitswahlsystemen. Sache der Parteileitungen wird es sein, durch gemeinsame Aufstellung der Kandidatenlisten dafür zu sorgen, daß sie mit dem vollen Gewicht ihrer Stimmenzahlen auch bei Verteilung der Mandate zur Geltung kommen. Der einzelne Wähler hat sich ja nicht mehr für bestimmte Personen, sondern für eine bestimmte Partei zu entscheiden, er braucht also seiner Überzeugung keine Opfer zu bringen, die seine Wahl erschweren würden. Wenn im ganzen darauf gesehen wird, daß das Ziel erreicht wird, auf das allein es jetzt für die nichtsozialistischen Volksteile ankommen kann: daß eine reinsozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung verhindert wird. Rame es zur ausgesprochenen Sozialdemokratie, so dürfte die Rolle des auf anderer Basis stehenden Bürgertums für lange oder für immer ausgespielt sein.

Wer also seinen Teil zu dieser folgenreichen Entscheidung beitragen will, dessen Lösung für den 19. Januar muß sein: Unter allen Umständen an der Wahl teilzunehmen

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Über die Erkrankung des ehemaligen Kaiserpaars wird aus Haag weiter gemeldet, daß der Zustand der früheren Kaiserin, die schon vor einigen Monaten einen Schlaganfall hatte, derzeit ist, daß sie kaum das neue Jahr erleben wird. Der frühere Kaiser ist ebenfalls ernsthaft erkrankt. Sein Ohrenleiden hat sich erheblich verschlimmert, und es besteht die Gefahr, daß es auf das Gehirn übergreift. Beim Kaiser sind ebenfalls nervöse Erscheinungen als Folgen der Aufregungen festzustellen.

+ Die Verabschiedung zahlreicher Seerührer wird amtlich bekanntgegeben. Es befinden sich darunter Generaloberst Graf Bothmer, General Kraft v. Delmensingen, beides bayerische Generale, und der ebenfalls bekannte preussische General der Kavallerie v. d. Marwitz.

+ Die Regierung ist bestrebt, die Kriegsanleihen als Zahlungsmittel im Auslande zu verwerfen. So sind im Reichsschatzamt Arbeiten im Gange, die die Fragen der Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande durch fundierte Anleihen zum Gegenstande haben. Diese Vergütungen sind auf einen Beschluß der Vereinigten Handelskammern Amerikas zurückzuführen, wonach deutsche Staats- und Reichsanleihen als ein geeignetes und unter Umständen erwünschtes Zahlungsmittel anzusehen seien.

+ Über die Kommandogewalt im Heere ist nun zwischen Reichsregierung und der Obersten Seeresleitung einige Einigung erzielt worden mit dem Erfolg, daß sowohl Generalfeldmarschall Hindenburg wie auch der Generalquartiermeister Gröner weiter im Amt bleiben.

+ Über die Demobilisierungstermine wird amtlich mitgeteilt: Die Entlassung des Jahrgangs 1895 erfolgt bis zum 31. d. M., beim Feldheer nach Eintreffen des Truppenteils im Demobilisierungsort. Die Jahrgänge 1896 und 1897 gelangen voraussichtlich Mitte Januar zur Entlassung. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung der ganzen Demobilisierung läßt sich nicht feststellen. Voraussichtlich wird sie für das Weisther im Januar, für das Ostheer im Februar zu Ende sein. Letzteres ist aber ganz von den Transportverhältnissen abhängig, und ein späterer Termin ist daher sehr wohl möglich.

+ In den Steuerplänen des Reiches gehört auch der Ansbau der Erbschaftsteuer. Bei der Bemessung der Steuerhöhe soll nicht nur das Vermögen des Erben, sondern auch der Besitz des Erblassers an Kriegsanleihen berücksichtigt werden. Erbschaften, die bis zu einem bestimmten Teil aus Kriegsanleihen bestehen, sollen steuerlich bevorzugt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die in Frage kommenden Kriegsanleihen von dem Erblasser auf dem Zeichnungswege oder während des Krieges erworben worden sind.

+ Die Reichsregierung hat einen energischen Protest an Polen gerichtet wegen der auf deutschem Gebiet ausgetragenen Wahlen für die polnische Konstituante. Die Reichsregierung sieht die ganze Ausbreitung von Wahlen zur polnischen Konstituente innerhalb des gegenwärtigen Reichsgebiets als einen rechtswidrigen Eingriff in die bestehende deutsche Gebietshoheit an. Die Reichsregierung

Die Grafen von Freyde.

Roman von A. Osland

(Nachdruck verboten)

124 Als Max Günther in dem flimmernden Sonnenlicht die Gestalten unterschied, welche nun da auf dem schmalen Gartenweg auf ihn zukam, ging einen Augenblick lang ein Ausdruck starker Ueberraschung über sein Gesicht. Er hatte seinen alten Feind, Doktor Stegmann, seit jenen Unglückstagen nicht wiedergesehen. Das letzte Mal stand er ihm gegenüber, als die Richter das „Schuldig“ über ihn ausgesprochen.

Er hatte den Ausdruck von Triumph gesehen, der damals über die scharfen Züge des alten Mannes gesessen war. Und diesen Ausdruck vergaß er ihm nicht.

Eine Viertelstunde später hatte Gerlach die nötigen Erklärungen gegeben. Der Eindruck, welchen die Nachricht auf Max Günther machte, war ein erschütternder. Als er den Namen Wentheim hörte, stieg er zuerst. Dann aber ging es über seine Züge wie ein Krampf. Schwer stützte er sich auf den großen Tisch inmitten des Zimmers. „Vater“, sagte Georg, blickt an ihn herantretend, „steher Vater!“

Gerlach trat an Günthers andere Seite. Sie verlangten beide seine Worte von ihm. Aber sie sahen, daß dieser Mann dem ungewissen Kommenden gegenüber fast seine gewöhnliche Fassung verlor, und sie wollten es ihm beide zeigen: zu dir gehören wir, zu dir stehen wir immer — immer!

Und so, die Hände fest ineinander verschlungen, so erwarteten sie, was ihnen Vater Fidelitas, die Oberin der Karmeliterinnen, aus ihrem Grabe heraus noch zu sagen hatte.

Der Gerichtsrat entsetzte langsam, beinahe zögernd, den großen, steifen Bogen gelblichen Papiers, den er aus dem versiegelten Kuvert genommen hatte.

Es war das Datum jenes Abends, an dem Julie von Kirchbach ihren Tod fand.

„Anno Domini 190...“ las er laut. Stegmann hielt einen Augenblick inne, auch ihn, den stets so ruhigen, Besonnenen, überwältigte nun beinahe die Erregung der Minute. Dann aber las er weiter: „Ich Vater Fidelitas, Oberin der Karmeliterinnen, schreibe auf das Geheiß einer schwer Leidenden, und ich entziehe mich dem nicht, weil es unsere Pflicht ist, den Leidenden zu helfen. Ich habe

eine dienende Schwester jetzt, in der Nacht, nach einem Seelsorger gefendet, und ich hoffe, daß er die Kranke noch am Leben antreffe, und daß sie dann ihr letztes Geständnis einem Beichtiger wiederholen kann. Einstweilen, bis er kommt, schreibe ich nieder, was diese letzten Stunden brachten.

Die da vor mir liegt, einem plötzlichen Blutsturz fast erliegend, ist meine Schwester, einst Margarete Wentheim genannt, vermählt am 4. 8. 1889 mit Ernst, Grafen zu Freyde, in der Kirche zu St. Helena in Newyork.

Meine Schwester ist eben ein wenig eingeschlummert. Ich will nun hier niederschreiben, wie es kam, daß ich sie heute, nach mehr als zwanzig Jahren, zum erstenmal wieder sah.

Wir sind erst seit dem Morgen hier in dem alten Marienstift, da unser Kloster auf der Annen-Insel abbrannte. Da brachte mir in der Dämmerung die Schwester Priorin eine Frau in das Speisezimmer, die um Aufnahm habe im Kloster für drei Tage und drei Nächte. Ich habe die Frau nicht gesehen, aber durch das Bitter vernahm ich ihre Stimme, und ich glaube diese Stimme zu erkennen.

Ich habe an meine jüngere Schwester Grete denken müssen. Aber wir sollen nicht zu viel den irdischen Erinnerungen nachhängen, und so tat ich es auch nicht, sondern gewährte nur, dem Freibrief des Klosters entsprechend, der Bittenden die Freistatt für drei Tage und drei Nächte.

Nach elf Uhr nachts holte mich eine dienende Schwester aus meiner Zelle. Die Frau in der Freistatt habe den Blutsturz, ich möge kommen, ihr zu helfen; denn ich habe viel Erfahrung in allen ärztlichen Hilseleistungen.

Ich ging hin und nahm unsere jüngste Schwester Adolfa mit.

Ein einziger Blick in das Antlitz der Kranken, die, eingehüllt in ihren langen Mantel, auf dem Bette lag, zeigte mir, daß ich wirklich meine Schwester Margarete vor mir hatte. Auch sie erkannte mich sofort.

Schwester Adolfa hat sich in eine Ecke gesetzt und ist eingeschlummert. Ich bin allein mit Margarete.

Und jetzt öffnet sie die Augen, und langsam kehrt ihr ein wenig Kraft zurück; sie bittet mich, niederzuschreiben, was sie mir zu sagen hat. Ich tue es hiermit, und ich bekräftige, daß ich genau schreibe, was sie mir vorfragt.

Du fragst, weshalb ich hier bin? Ich bin hier, weil

es mich drüben in Amerika nicht mehr gelitten hat, weil ich es meinem sterbenden Gatten Ernst von Freyde in die Hand versprochen habe, unserer Tochter, welche unter dem Namen Hilda Wentheim zu Schloss Freyde wohnt, beizustehen, bei ihrem Großvater für sie zu bitten, damit er sie in ihre Rechte als Tochter seines ältesten Sohnes Ernst einsetze.“

Ein Schrei brach von Georgs Lippen. Auch der Rat war so erstaunt, daß er einen Moment innehielt. Aber Gerlach und Erich drängten:

„Weiter — weiter!“

Und der Rat las mit stockender Stimme:

Ich sandte dem alten Grafen einen Zettel, worin ich ihn bat, mir die zwanzigtausend Gulden, welche Ernst als Privatvermögen befaß, für mein Kind zu geben. Ich wollte mit Hilda weit weg ziehen — nur mein Kind wollte ich haben — mein Kind —

Ich bat den alten Grafen, um zehn Uhr nach der Bibliothek zu kommen. Dort wollte ich ihn treffen. Nur Hugo sollte mich nicht sehen; vor Hugo fürchtete ich mich so, er haßt mich —

Hugo hat mich doch gesehen in der Kirche, eine Stunde, ehe ich zum alten Grafen ging. Aber ich bin ihm entkommen. Habe die Steinplatte zum Erbgrabnis aufgehoben — ich kenne ja hier alle Wege von einst, auch die geheimen — bin durch die dunklen Gänge gelaufen. Habe im Park mein Kind gesehen — meine Hilda — neben ihr einen jungen Mann — sie nannte ihn Georg — aber ich wollte ja von niemand gesehen werden, ehe alles klar ist.

Ich habe mich durch ein halb angelehntes Fenster in die Bibliothek geschwungen und hier auf den Grafen gewartet in furchtbarer Herzensangst. Ich wußte, es würde ein Kampf sein. Ich suchte Ernsts alten Schreibtisch, zu dem er mir den Schlüssel gab. Er stand früher einmal in diesem Zimmer, aber er ist weg. —

In diesem Schreibtisch, las der Rat weiter, lag in einem Geheimfach, zu dem ich den Schlüssel von Ernst hatte, Geld aus dem Nachlaß seiner Mutter. Dieses Geld wollte ich für Hilda in Anspruch nehmen; da kam der alte Graf.

(Nachdruck folgt.)

wird die Vornahme dieser Wahlen nicht zulassen, bevor nicht der künftige Rechtszustand der deutsch-polnischen Grenzgebiete durch die Friedenskonferenz festgestellt ist.

Deutschtum in Österreich und Ungarn.

Von Dr. Erhard Breitner.

Alle Völker der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie haben sehr laut ihre Rechte auf Selbstbestimmung verkündet und dargetan, daß sie sich vom bisherigen Joch befreien müßten. Die Volksteilung dieses Aktes hat zur gewaltigen Auflösung des alten, in der bisherigen Form seit nahezu vierhundert Jahren bestehenden Habsburgerreiches geführt. Das in der Epoche Maria Theresias eingeleitete und unter Kaiser Joseph II. durchgeführte System der zentralistischen Regierung hatte zur Folge, daß das deutsche Element vorherrschend wurde und auch bis Kriegsausbruch herrschend gewesen ist.

Diese Vorherrschaft war etwas durchaus natürliches. Von den rund 28 Millionen Bewohnern der österreichischen Reichshälfte sind 10 Millionen deutscher Zunge, bilden damit den größten Bestandteil der Gesamtbevölkerung, denn die Tschechen, die nächstgrößere Nation, zählen nur 6½ Millionen Seelen, die Polen gar nur 5 Millionen. Nun könnte man einwenden, daß immerhin insgesamt etwa 11 Millionen Slaven 10 Millionen Deutschen gegenüberstehen und deshalb den letzteren das Recht der Führung bestreiten. Aber die nackte Ziffer kann nicht als ausschlaggebend angesehen werden. Erstens sprechen Momente einer Jahrhunderte alten historischen Entwicklung mit, und zweitens sind die Deutschen Österreichs seit uralten Zeiten die Kulturträger des Gesamtstaates gewesen. Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie erfuhren vorwiegend von deutscher Seite Förderung; sie sind es auch gewesen, die die weitaus größten Steuerleistungen aufbrachten. Österreich hat bis 1914 an Kassen jährlich 100 Millionen Kronen Aufschuß leisten müssen, die zum erheblichen Teil in die Taschen des polnischen Adels flossen. Das gleiche wohlthuende Bild, wie etwa Tirol, boten auch die übrigen deutschen Kronländer, obgleich sie von der Natur verhältnismäßig wenig geeignet und auf den Erwerbsfleiß der Bevölkerung angewiesen waren. Auch in Böhmen zeigt sich der in die Augen springende Unterschied: der nördliche und nordwestliche deutsche Teil des Landes ist blühendes Industriegebiet und hat einen Charakter, der an das angrenzende Sachsen erinnert; das tschechische Böhmen hingegen steht kulturell auf weit tieferer Stufe.

Das deutsche Übergewicht kam keineswegs einer Oberherrschaft gleich. Jede Nation hatte reichliche Sprachfreiheit und Mitbestimmungsrecht an gemeinsamen Fragen. Die verschiedenen Rabinette der Wiener Regierung — und es hat ihrer im Laufe der Zeit nicht wenig gegeben — waren paritätisch besetzt. Man wird nun fragen, weshalb die Völker Österreichs so stumm nach „Befreiung“ und „Selbständigkeit“ verlangten, was die Ursachen waren, daß sie von den Deutschen loskommen wollten. Der Hauptgrund lag darin, daß die Gesamtentwicklung der Monarchie unter der Habsburgerherrschaft sehr, sehr viel zu wünschen übrig ließ. Ein schlaffes, jedem Fortschritt jäh widerstrebendes System, das durch überlebte, maßlos bürokratische Verwaltung jündigte, trug die Schuld, daß das Reich hinter dem übrigen westlichen Europa zurückblieb. Man huldigte dem Grundgesetz, die Dinge treiben zu lassen, ohne sich je zu entscheidenden Taten aufzuraffen. Da nun die Deutschen in Österreich die Träger und Stützen dieses Systems waren, hatten sie auch die Verantwortung dafür zu tragen! Die Auflösung der alten Monarchie war nur äußerlich eine Aufhebung gegen das Deutschtum, in Wirklichkeit ist es die unvermeidliche Explosion gewesen, die das überlebte System in die Luft sprengte.

Bei allen guten Eigenschaften haben die Deutschen Österreichs eine beträchtliche Schuldenrechnung. In ihrer Führerrolle lässig geworden, dem Wohlleben zugetan, ohne Tatkraft, wurden sie von anderen, jüngeren, ehrgeizigeren Nationen beiseite gedrängt und beschränkten sich darauf, ihre Position in einem schließlichen, aufreißenden, unerwartlichen und schließlichen Kleinkrieg zu verteidigen. Heute sind die Dinge soweit gediehen, daß die Deutschen Österreichs nicht nur ihre Vorkherrschaft verloren haben, sondern daß Tschechen und Polen sich anschicken, ihrerseits eine wirkliche Unterdrückungsherrschaft aufzurichten. Die beiden slawischen Völker fühlen und handeln imperialistisch. Es genügt ihnen nicht, neben den Deutschen in Österreich gleichberechtigt zu leben, sondern sie wollen jetzt selbst das tun, wozu sie stets gelangt haben, nämlich die Deutschen unterdrücken und aus ihrer Haut Riemen schneiden. Rettung aus diesem trostlosen Zustand kann nur ein Anschluß der zehn Millionen Deutschen an das Reich bringen: denn kommt eine solche Vereinigung nicht zu stande, so geraten die deutschen Stammesgenossen jenseits von Bodenbach unaufhaltbar unter dieäder.

Auch in Ungarn, besonders in Siebenbürgen, leben insgesamt etwa zwei Millionen Deutsche. Allein sie sind zerstreut im ganzen Lande und haben, mit Ausnahme der Siebenbürger „Sachsen“, nirgends nationale Geschlossenheit oder gar bestimmtes Massebewußtsein. Diese Volksgenossen dürften mit der Zeit ganz verloren sein trotz aller „Rechte der Minderheiten“. Als in auch die Deutschen Österreichs werden sich gegen die slawische Flut, die von allen Seiten auf sie losbrannt, nur dann dauernd behaupten können, wenn sie im Gesamtdeutschland einen festen politischen Rückhalt bekommen.

Arbeitspflicht.

Darf man im neuen Deutschland wieder von Pflicht reden? Wir sehen, alle, die sich häufen, sich förmlich überfüllenden Nachrichten über die Folgen unserer Ohnmacht gehen so ziemlich spurlos am deutschen Volke vorüber; es hat annehmend keine Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was aus uns allen werden soll, wenn unsere Feinde die Sklaverei und Schuldnechtschaft über uns verhängen, den sie als den einzig gerechten und dauerhaften Friedenszustand für Europa ansehen. Was aber soll gar aus uns werden, wenn es dabei bleibt, daß die politische Unfähigkeit in Stadt und Land in eine Lohnbewegung aufgelöst wird, wenn die Arbeiter und Angestellten Forderungen stellen und so einen Betrieb nach dem anderen zum Stillstand bringen? Es ist kein Geheimnis mehr, wie stark die öffentlichen Kassen in Anspruch genommen sind, wie groß allenthalben der Produktionsrückgang ist. Wie eine Rahnung liegt es auf unserem gesamten Wirtschaftsleben.

Die Regierung ringt die Hände; denn nur noch wenige Wochen so weiter, und wir sind fertig, vollständig fertig. Immer wieder erhebt sie ihre Stimme, um die Arbeiter zur Vernunft zurückzurufen; bis jetzt scheint alles nichts genutzt zu haben. Der Berliner Magistrat will die liegenden öffentlichen Untergrundbahnbauten wieder aufnehmen und zu diesem Zwecke zunächst 3000 Arbeiter einstellen — es

melden sich 17. In den mitteleuropäischen Braunkohlengruben könnten hunderttausend Arbeiter guten Verdienst finden — sie sind nicht aufzufinden, obwohl die Zahl der Arbeitslosen in der nahen Reichshauptstadt von der gleichen Ziffer nicht mehr weit entfernt ist. Die bayerische Regierung will das großartige Waldensee-Kraftwerk in Angriff nehmen, das das ganze Land mit Elektrizität versorgen und seinen Bedarf an fremder Kohle wesentlich vermindern soll — neben 60 Ingenieuren am ersten und 250 am zweiten Tage haben sich ganze zwei Arbeiter zur Beschäftigung angeboten, während in München entlassene Soldaten zu Tausenden von Kaserne zu Kaserne wecheln und immer wieder Nahrung und Verpflegung erzwungen. In dieser Beziehung, also scheint wenigstens kein Unterschied zu bestehen zwischen Preußen und Bayern.

Trotzdem ist nicht ohne weiteres zu sagen, was schlimmer ist: daß überhaupt nicht gearbeitet wird, wo neue Werte sich schaffen ließen, oder daß dort, wo gearbeitet wird, Löhne erzwungen werden, die den Stempel der Unwirtschaftlichkeit an der Stirn tragen. In einer neuen Befragung, die von der Reichsregierung ausgeht, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die außerordentlich hohen Lohnsteigerungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, nur eine scheinbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters darstellen. Sein Einkommen wird lediglich nominal aufgebessert, in Wahrheit führt die Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Ansteigen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietpreise. Die Besitzer im Schleichhandel erworbener Nahrungsmittel sehen sich heute beliebig zahlungsbereiten und zahlungsfähigen Verbrauchern gegenüber und nehmen keinen Anstand, die Verbraucherpreise weiter ins Ungemessene zu steigern. Nicht weniger stark werden die Produktionskosten durch wahllose Lohnsteigerungen ohne Berücksichtigung des wirtschaftlich Möglichen in die Höhe getrieben. Da ferner Deutschland in nächster Zeit wieder Verbrauchsgegenstände aus dem Ausland einführen, so aber nicht wie früher mit Waren, sondern bar bezahlen muß, so wird jeder einzelne Arbeiterhaushalt die Belastung spüren, die als Folge der für uns ungünstigen Wechselkurse, mittelbar also der Wertminderung, eintritt. Es ist hohe Zeit, stellt eine Regierungsausweisung fest, daß die Lohnfestsetzung wieder in die Bahn des Tarifvertrages zurückgeführt und zu verlässlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der gegenwärtige Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinen der Arbeiter überlassen bleiben. Vom Unternehmer muß weitestgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden, aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebs zu nehmen, ohne die eine kapitalistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie Vergesellschaftung ist.

Es ist hohe Zeit — ganz gewiß. Ob aber mehr oder weniger sanfte Maßnahmen etwas ausrichten werden bei dem gegenwärtigen Zustand der Gemüter? Und wenn nicht, was dann? Die Regierung weiß nur zu gut, daß sie hier vor dem ernstesten Problem steht, das sich denken läßt. Sie will eine Regierung sein, die das Vertrauen des Volkes genießt, ja diesem Vertrauen ihre ganze Daseinsberechtigung verdankt, und doch soll ihr Wort ungehört verhallen, wo es gilt, Staat und Gesellschaft vor völligem Zusammenbruch zu bewahren? Die Regierung fühlt sehr wohl, daß hier die empfindlichste Stelle der neuen Lage ist. Soll sie deshalb von der Arbeitspflicht zum Arbeitszwang übergehen, soll das der Fortschritt sein, mit dem sie die bekämpfte kapitalistische Gesellschaftsordnung überholen soll? Sie sträubt sich gegen den Gedanken, solange es geht, einmal sie nicht vorantreiben kann, ob sie damit auch nur einen Schritt vorwärtskommen würde. Aber viel Zeit zum Abwarten ist ihr nicht gegeben, darin stimmen alle verständigen Leute, gleichviel in welchem Parteilager sie stehen, vollkommen überein. Alle verständigen Leute. Wird es nun nach ihnen gehen — oder nach den Anderen?

Die Frau im neuen Staate.

Betrachtungen über das Frauenwahlrecht.

Durch die Revolution ist eine der heftigsten Fragen vergangener politischer Kämpfe gelöst worden: die Frauen haben das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Damit sind Millionen deutscher Frauen vor eine Aufgabe gestellt, deren Bedeutung und Tragweite sie kaum ermessen können. Die sozialdemokratischen Frauen sind gegenüber den bürgerlichen im Vorteil, sie sind seit länger denn einem Jahrzehnt nicht nur im politischen Kampf geschult, sie sind auch auf das Wahlrecht seit langem parteipolitisch vorbereitet. Die bürgerlichen Frauen aber haben nur auf einem kleinen Teile nach diesem Rechte gestrebt. Die überwiegende Mehrheit hat entweder der Frage des Frauenwahlrechts keinerlei Interesse entgegengebracht oder aber hat sie grundsätzlich verneint.

Der Gründe waren viele. Ausschlaggebend war wohl die Scheu, die Frau teilzunehmen zu lassen an den Kämpfen des politischen Lebens. Wie dem aber auch sei. Heute müssen die Frauen mit der Tatsache rechnen, daß sie das Wahlrecht besitzen und daß sie — darauf kommt es vor allem an — von diesem neuen Rechte Gebrauch machen. Etwas über 21 Millionen deutscher Frauen sind gegenüber 18 Millionen Männern wahlberechtigt, d. h. ihre Stimmen werden ausschlaggebend für die innerpolitische Zukunft des Reiches sein, ihre Stimmen werden entscheidend den Wiederaufbau beeinflussen. Wenn die deutschen Frauen in der Mehrheit bis heute ihre von der Natur gegebene Hauptaufgabe im Dienste des eigenen Hauses saßen, so stellt sie die neue Zeit vor eine neue Pflicht: teilzunehmen an der Abstimmung zunächst für die Nationalversammlung am 19. Januar.

Wie die Dinge einmal liegen, wird heute in bürgerlichen Kreisen die Frau mit dem Gatten, die Tochter mit dem Vater, die Braut mit dem Bräutigam genommen. Was aber tut die große Masse der Alleinstehenden? Soll sie sich abblenden und aus Scheu oder Unkenntnis an der Wahlurne fehlen? Das Vaterland, die Zukunft des Reiches fordern gebieterisch, daß auch sie ihre Wahlpflicht erfüllen. Für die Wahl zur Nationalversammlung werden von Parteien oder Wählergruppen Kandidatenlisten aufgestellt, und wie für die Männer, wird es auch für die Frauen zur dringenden Pflicht, sich zu unterrichten, welche Programme die einzelnen Parteien aufgestellt haben. Derjenige Partei, die den eigenen Lebensauffassungen am nächsten kommt, wird sich die Frau anschließen, ihren Kandidaten die Stimme geben müssen. Die Frau wird sich also im einzelnen die Frage vorlegen haben, wie sich eine Partei zu Familie, Volkstum, Religion, Kirche, soziale Fürsorge, Steuerpolitik, Industrie- und Landwirtschaftsfragen stellt, kurz, sie wird sich fragen müssen, in welcher Partei ihre Interessen die geeignete Vertretung finden.

Aber mit der Abgabe der Stimme zur Nationalversammlung, die vielleicht auf lange Zeit über das Wohl und Wehe des Reiches entscheidet, ist die Pflicht der Frau nicht erschöpft. Mehr als bisher wird sie sich um Politik

bestimmen, wird politische Zeitschriften und Bücher lesen, Vorträge hören und Versammlungen besuchen müssen, um in fester Verbindung mit dem Volksvolk der Zeit zu bleiben. Schon in diesen Tagen beginnt die politische Arbeit. Jede Frau muß sich vergewissern, ob ihr Name in der Wählerliste steht. Am Wahltag muß sie dann darauf achten, daß sie keine falschen Namen auf ihren Wahlzettel schreibt, falls sie keine gedruckten Wahlzettel mit den Namen der Kandidaten erhält, denen sie ihre Stimme geben will.

Und immer sei die Frau — sich bemüht, daß nicht eine Stimme fehlen darf; denn die Nationalversammlung muß unter allen Umständen ein getreues Bild der politischen Stärkeverhältnisse geben, sie muß auch dem Ausland gegenüber dokumentieren, daß die Neugestaltung des Reiches auf Grund der Willensmeinung aller wahlfähigen Männer und Frauen vollzogen wird. Deshalb wird auch für die Frau das Wahlrecht zur Wahlpflicht. M. A. D.

Die Schule der Zukunft.

Von Prof. Dr. F. Kemmler.

Nach der inneren Umwälzung sind verschiedene tief einschneidende Änderungen auf den Gebieten der Erziehung, Schulorganisation und Lehrerbildung nur noch Fragen der Zeit. In einer Reihe von geplanten oder in Angriff genommenen Punkten hat bereits der Deutsche Lehrerverein sich sachmännlich geäußert und erwartet ihre verfassungsmäßige Sicherstellung in den Grundgesetzen des deutschen Volkes. Außerlich ergibt sich eine beträchtliche Abereinstimmung zwischen den Forderungen des Lehrervereins und den angelauteten Maßnahmen, im Kern der Sache bleiben aber noch manche Unklarheiten zurück.

Die oberste Forderung des Deutschen Lehrervereins lautet: „Volle körperliche und geistige Ausbildung der gesamten Volksschule nach den Grundsätzen der Erziehungswissenschaft.“ Sie klingt eigentlich selbstverständlich, und ihre reifliche Erfüllung würde dem neuen Staate sittliche und kulturelle Werte schaffen, die in der Jugend zu erwecken sind; neben geistig-moralischer Reife und Selbstständigkeit das, was not tut, sittliches und soziales Gemeinheits- und Verantwortungsgefühl, Fähigkeit zur Selbsterziehung, Selbsterhaltung und Selbstregierung.

Der Beginn und Sinn der deutschen Erziehungswissenschaft ist bei Pestalozzi zu finden. Als der große Meister um die Wende des 18. Jahrhunderts daranging, die Quellen des Volkselementes in der Schweiz, die kranken, geistigen und sittlichen Verwahrlosung zu verpflegen, trachtete er naturgemäße Wege einzuschlagen, um alle menschlichen Anlagen der Volksschule harmonisch zu entwickeln. Indem er seine Zöglinge mit einer tieferen Allgemeinbildung ausstattete, hörte er, daß sie nun genäh der eigenen Kraft zu einem klaren, starken und wirtschaftlichen Leben erringen und die gesellschaftlichen Zustände des Landes bessernd beeinflussen würden.

Seine Unterrichtsmethoden und der soziale Grundgedanke wurden nach dem Zusammenbruch des preussischen Staates 1806/7 als fruchtbare Keime in unsere Vorschule verpflanzt, weil sie geeignet erschienen, lebensstarke Persönlichkeiten heranzubilden, die dem Staatsgefüge einen neuen Geist einhauchen würden. An der jetzigen Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitzuarbeiten, darf kein Stand, kein Beruf, keine Volksschicht sich für zu hoch oder zu niedrig erachten. Schule und Lehrerschaft sollen und wollen ihren gemeinen Anteil daran haben. Eine parteipolitische Bindung nach irgendeiner Seite wird durch die Wirklichkeit nicht im geringsten festgelegt, sie ist eine rein wissenschaftliche für den Lehrer.

Lehrervereine und Lehrerversammlungen waren in dessen stets mit einem Tropfen demokratischen Ols gesalbt. Sie haben die allgemeine Volksschule als unterste Bildungseinheit für sämtliche Volksgenossen beansprucht und die Errichtung von Vor- und Standeschulen dauernd bekämpft. Angesehene Schulmänner und Gelehrte verlangten in Übereinstimmung mit ihnen die organische Verschmelzung der höheren Lehranstalten und Fachschulen mit der Volksschule zu einer gegliederten Einheitschule. Der Deutsche Lehrerverein fordert nunmehr, und die Regierung beabsichtigt die Schaffung einer solchen Einheitschule, die vom Kindergarten bis zur Hochschule hinaufreicht; in ihr das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern.

Darin beruhen nun ohne Zweifel in breiter Fläche die idealen und sozialen Anschauungen der Lehrer mit den politischen Bestrebungen der Zeit, die als Bürgerpflicht für die Erhaltung und Befestigung der neueren Erzeugnisse ein in der Einheitschule herangebildetes, von gleichen sozialen Vorstellungen beherrschtes Geschlecht ansehen. Die Einheitschule ist im übrigen keine Gleichheitsschule, da sie sich nach Begabungen ausrichtet. Die Gleichheit liegt darin, daß jeder entsprechend seiner Begabung und nicht nach dem Geldbeutel der Eltern oder irgendwelchen Vorrechten erzogen wird. In Frankreich, wo der Gleichheitsgedanke in der Revolution von 1789 eine gewaltige Rolle spielte, fand neben den Volksschulen sowohl Vorschulen als auch Privatschulen aller Art anzutreffen, die Einheitschule fehlt.

Man muß annehmen, daß bei der Stellungnahme der Lehrer die ständischen Grundtendenzen des Erziehungswesens rundweg aus dem Auge zu lassen sind; zur Einheitschule ist für sie keine politische Verpflichtung.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 28. Dezember.

○ Postsendungen nach feindlichen Ländern. Die Sperre des Verkehrs von Paketen und Büchern an Gefangene im Ausland, die vor einigen Tagen für die Richtung nach England beendet wurde, ist von jetzt ab allgemein, also auch für die Richtung nach Frankreich, Italien usw., aufgehoben worden. Solche Sendungen sind also wieder nach allen feindlichen Ländern zulässig.

— Vorsicht bei der Annahme von Zinschulden. Bei der Annahme von Zinschulden ist große Vorsicht an der Hand, da viele Scheine in den Verkehr gebracht wurden, die erst im Januar 1920 oder noch später fällig sind. Nur solche Zinschulden gelten als gültig, die am 2. Januar 1919 zur Einlösung kommen. Es sind auch gefälschte Zinschulden im Umlauf.

— Die Kasse des Begleitkommandos Strass ist an jedem Werktag mittags und Sonntags geschlossen. Auszahlungen der Entlassungsgelder erfolgen nur an Werktagen von 9⁰⁰ Uhr bis 12⁰⁰ Uhr vormittags. Diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften, welche die Entlassung noch nicht anerkennen, haben, müssen ihre vollständige Entlassung abwarten und ordnungsmäßige Papiere in Händen haben, bevor sie ihr Entlassungsgeld beanspruchen können.

× **Oberbrügge, 28. Dez.** Der Sergt. Albert Grüber zu Radernmühle wurde zum Vize-Wachtmeister befördert.

Erudtebrück, 27. Dez. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden in letzter Woche schwere Diebstähle ausgeführt, wobei Sachen im Wert von mehreren hunderttausend Mark in Verlust gerieten. Gestern gelang es eine Diebesbande von 29 Personen im Altenhundermer Zug zu stellen und zu verhaften. Nachts saßte man noch einen Räuber im hiesigen Bahnhof ab. Als er auf Aufruf nicht stehen blieb, wurde er erschossen. Es war ein Sohn adelbarer Eltern von hier.

Münster, 27. Dez. In letzter Zeit sind mehrfach die Bestimmungen über die Beschlagnahme von Häuten, Ober Weiden und Textilwaren nicht beachtet worden. Die Kriegsstoffstelle der Kriegsstoffstelle Münster macht darauf aufmerksam, daß diese Beschlagnahme auch für die neutrale Zone zu Recht besteht, mit Ausnahme bestimmter Rohstoffgattungen, die durch Verfügung des Fernrohlmachungsamtes ausdrücklich frei gegeben worden sind.

Sambora, 27. Dez. Am Abend des 24. Dezember drang eine Rote von Männern und Frauen in das Geschäft von Lazarus am Markt ein und plünderten. Der Schaden soll 30000 Mk. betragen. Verschiedene Plünderer wurden von der W. K. W. verhaftet.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Der Rücktritt der Volksbeauftragten.

TU. Berlin, 27. Dez. Die Berichte über den Rücktritt des Rates der Volksbeauftragten oder einzelner seiner Mitglieder werden von der Reichskanzlei als unbegründet erklärt.

Ein Aufruf des „Vorwärts“ an die Massen.

TU. Berlin, 27. Dezember. Unter der Überschrift: „Massen heraus“ schreibt der Vorwärts u. a.: Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erregung der Berliner Bevölkerung gegen das terroristische Treiben der Spartakusgruppe zur Steigerung gesteigert. Der Will der wirklichen Massen muß so rasch wie möglich zum Ausdruck kommen. Wer nicht will, daß mehr als 90% der Bevölkerung durch kleinere bewaffnete Gruppen terrorisiert werde, wer Gewaltstreiche, welche die Fortführung der Regierung durch eine Schaar Bewaffneter oder den Raub des „Vorwärts“ durch irgendwelche Haufen verabscheut, wer will, daß endlich das Blutvergießen in den Straßen Berlin aufhöre und Ruhe und Ordnung eintreten, halte sich bereit, mit zu demonstrieren. Die Welt soll und muß erfahren, wo die Berliner wirkliche Bevölkerung steht. Jeder Bürger gehet am Sonntag in die Reihen der Demonstrationen gegen die Diktatur der Spartakusgruppe.

Was die Spartakusgruppe plant.

TU. Berlin, 27. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: von verschiedenen unbedeutend zuverlässigen Quellen ist der Regierung mitgeteilt worden, daß die Spartakusgruppe beschlossen hat, wenn anständig schon heute die Volksbeauftragten zu stürzen und die neue Regierung die Macht über die Diktatur zu übernehmen. Die Spartakusleute rechnen dabei auf die Unterstützung der Matrosen und große Teile des Sicherheitsdienstes. Die Kabinettssitzung am gestrigen Vormittag verlief sehr ruhig, und kam rasch zu Ende, nachdem Klarheit darüber hergestellt war, daß das bunte Vorwärtsgebäude wieder geräumt werde. Eine weitere Kabinettssitzung hat gestern nicht stattgefunden. Die Nachricht der V. Z. der Zentralrat der USR sei heute zusammengetreten, ist falsch; die Beratung erfolgt erst morgen.

Berlin, 26. Dezember. Die Straßenkämpfe zwischen Garde und Matrosen sind durch eine Einigung beendet worden. Die Matrosen räumten das Schloß, werden der republikanischen Soldatenwehr angegliedert und verpflichtet, in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Die Kieler Matrosen haben ihrer lebhaften Entrüstung über das schimpfliche Treiben der Matrosen in Berlin Ausdruck gegeben.

Posen, 26. Dezember. In der Republik Posen sind die Zustände geradezu chaotisch geworden. Es haben sich nicht wenige als vier polnische Republiken gebildet und zwar: Krafau, Lemberg, Warthan und Lublin. Es droht im ganzen Lande Hungersnot auszubrechen.

Wien, 26. Dezember. Die Verhandlungen mit der Entente haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Entente zunächst sofort 110 Waggons Lebensmittel nach Wien schickt.

Wien, 26. Dezember. Wie aus Prag gemeldet wird, soll die Entente den Tschechen die frühere deutsche Kolonie Togo versprochen haben.

Berlin, 26. Dezember. Sämtliche Kriegsbeschädigten erhalten für den Monat Januar die doppelten Versorgungsgebühren und Unterstützungen. Bei den Rentenzuschlägen tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Prozent ein. Auch die Verfallmehrszulagen werden wesentlich erhöht.

Braunschweig, 26. Dezember. Nach dem endgültigen Wahlergebnis entfallen auf die bürgerlichen Parteien 100.800 und auf die sozialdemokratischen Parteien 101.300 Stimmen.

Stettin, 26. Dezember. Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind in die konstituierende Versammlung 21 Sozialdemokraten und 21 Bürgerliche gewählt worden.

Berlin, 26. Dezember. Zur Wahrung der Interessen sämtlicher christlich gerichteter Staatsbürger bei den bevorstehenden politischen Kämpfen, haben sich namhafte Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche zu einem interkonfessionellen Ausschuss zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Universitätsprofessor Geheimrat Dehmann, Berlin, zweiter Vorsitzender Reichs- und Landtagsabgeordneter Geheimrat Fehlbender. Der Ausschuss beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine große gemeinsame Kundgebung von Katholiken und Protestanten gegen die beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen der Regierung zu veranstalten.

Berlin, 25. Dezember. Die Abgrenzung der Brückenköpfe Köln-Roblenz-Mainz führt in der Durchführung zu vielfachen Unzulänglichkeiten, auf welche wiederholt die deutsche Wehrkommission hingewiesen hat. Die Alliierten haben daraufhin ihrerseits mehrfach Vorschläge unterbreitet, um eine zweckmäßige den praktischen Bedürfnissen entsprechende Rege-

lung herbeizuführen. Daraufhin wurde gestern in Spaar der interalliierten Kommission folgende Note durch die deutschen Vertreter übermittelt:

„Die Deutsche Regierung ist mit dem Vorschlag einverstanden, den engen Streifen zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz in die Brückenköpfe einzubeziehen. Sie stimmt auch der Linie Michelbach-Allendorf als Ostgrenze im allgemeinen zu, wünscht jedoch, daß Ostschiffen wie Eifelhöfen-Dörsdorf-Bergheim, die eine gute Verbindung in das neutrale Gebiet haben, ohne das besetzte Gebiet zu berühren, nicht bestraft werden. Diese Forderung entspricht der Begründung der Note 111/g, wonach der Hauptgrund für die Erweiterung der Brückenköpfe die fehlende Verbindung sein sollte. Für die genannten Ostschiffen trifft diese Begründung nicht zu. Einzelheiten werden dringlich zu regeln sein. Die deutsche Regierung beantragt als Ausgleich zu diesem Entgegenkommen ihrerseits daß die Vororte Frankfurts bis einschließlich Höchst aus dem Brückenkopf herausgenommen werden. Dies ist im Interesse des Arbeiterverkehrs dringend erwünscht.“

Berlin, 26. Dezember. Ein Berliner Blatt hatte kürzlich geglaubt, bereits zahlenmäßig mitteilen zu können, welche Summe an Kriegsanleihe durch die in Aussicht genommene Vermögensabgabe an das Reich zurückerhalten würde. Dazu ist zu bemerken, daß irgend welche zuverlässigen Angaben zur Zeit in der erwünschten Richtung um so weniger möglich sind, als weder die Höhe der Vermögensabgabe feststeht, noch eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, inwieweit die Abgabepflichtigen gezwungen sein sollen, die Zahlung in Kriegsanleihe zu leisten. Voraussichtlich wird für einen Teil des Abgabebetrag die Zahlung in Kriegsanleihe vorgeschrieben werden, während bei dem Restbetrage diese Zahlungsweise zugelassen, aber nicht zur Pflicht gemacht werden dürfte. Daß in noch weiterem Umfange als bisher Kriegsanleihe an Zahlungs Statt gegeben werden wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten.

Wien, 26. Dezember. Einem Mitarbeiter des Neuen Wiener Journals sagte Hr. Conrad v. Goeben: „Ich habe den Ausgang des Weltkriegs nie richtig beurteilt. Bezüglich meines Anteils an der Schlacht von Gorlice erklärte er, im März 1915 sei bei ihm der Gedanke an einen Durchbruch aufgekommen, am 27. März habe er auch einen sehr schönen Erfolg gehabt, er habe aber erkannt, daß zum Durchbruch weit größere Kräfte notwendig seien, daher sei er mit dem deutschen Hauptquartier in Verbindung getreten. Das deutsche Militärarchivblatt habe den Sachverhalt gleich nach der Schlacht ziemlich wahrheitsgemäß dargestellt, aber später hätten unbenutzte Federn Conrads Grundgedanken ganz verschwinden lassen. Vom Schicksal Kaiser Wilhelms sprach Hr. v. Conrad mit tiefer Erschütterung. Dieser Monarch sei von tiefstem Pflichtgefühl durchdrungen gewesen und habe nur Lust an der Arbeit gekannt.“

Lissabon, 24. Dezember. (Havas.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitz und Inneres: Tamiqini Barboza, Finanzen: Malheira Reimes, Krieg: Conteral, Marine: Souza Faro, Justiz: Alfonso Melo, Handel und vorläufig Aukeres: Azevedo Neves, Ackerbau: Fernandes Oliveira, Arbeit: Neves Vesa, Kolonien: Baptiste Coelho, Unterricht: Alfredo Magalhaes, Verschleppung: Acevedo.

Budapest, 24. Dezember. Das Ungarische Telegraphen-Korresp. Büro meldet: Der Chef der Militärmission der Alliierten in Budapest, Oberstleutnant B. H. überreichte dem Ministerpräsidenten Grafen Karolyi folgende Note:

„Ich habe die Ehre, in Ergänzung meiner Mitteilung vom 3. Dezember zur Kenntnis zu bringen, daß nach einer vom Kommandierenden General der Ostarmee der Alliierten erhaltenen Mitteilung die vom tschechoslowakischen Staate geforderte Grenze als die historische Grenze des slowakischen Bodens folgendermaßen festgelegt worden ist: 1. Die gegenwärtige Nordgrenze Ungarns, 2. die Westgrenze Ungarns bis zur Donau, 3. der Lauf der Donau bis zur Mündung der Eipel (Wohn), 4. der Lauf der Eipel bis Rima-Sombat. (Diese Stadt gehört zur Slowakei), 5. eine gerade Linie von Rima-Sombat bis zur Mündung des Unglusses und 6. der Lauf der Ung bis zum Ujhor-Siegel. Die endgültige Grenze wird auf der Friedenskonferenz von den Verbündeten einvernehmlich festgelegt werden. Ich bitte Euer Excellenz, Befehl zu erteilen, daß von jetzt an die ungarischen Truppen von der in den 3-5 festgestellten Linien nach Süden zurückgezogen werden.“

Die ungarische Regierung erblickt in der Festsetzung der Linie ein Vorgehen von brutaler Willkür. Es widerspricht in markantester Weise den historischen Grundlagen und auch dem gegenwärtigen Zustand, daß man die Befestigung so fern-ungarischer Städte wie Preßburg, Komorn und Kaschau auf nationaler Grundlage fordert. Eine Protokollnote der Regierung wird vom Justizminister vorbereitet und in kurzem dem Oberstleutnant B. H. überreicht werden.

Brüssel, 25. Dezember. (Havas.) Im Laufe der Nachmittagsitzung des belgischen sozialistischen Kongresses gab der Vorsitzende als Ergebnis der Abstimmung über die Teilnahme der Sozialisten am Ministerium bekannt, daß 22 Stimmen dafür, eine dagegen abgegeben worden seien bei drei Stimmenthaltung. Auf den Protest eines Delegierten gegen eine annexionsistische Politik erwiderte Vandervelde, er würde nicht in die Regierung eingetreten sein, wenn sich diese für eine annexionsistische und gegen Holland feindliche Politik ausgesprochen hätte.

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm Mitteilungen Wilsons entgegen über das, was zur Unterstützung der örtlichen Regierungen in Rußland getan worden ist, welche die Absicht haben, sich der Einwirkung des Bolschewismus zu entziehen. Er erklärte, die Alliierten beabsichtigen, weiterhin diese Politik zu befolgen, ohne dieselben in Gestalt einer militärischen Einmischung eine weitere Ausdehnung zu geben, da die Alliierten nur die Absicht hätten, den Bolschewismus in Rußland zu vernichten.

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sandte Präsident Wilson folgende Botschaft an das Weiße Haus in Washington: „Ich hoffe, daß es unsere Landsleute freuen wird zu erfahren, daß ich ihre Kinder hier förderlich und moralisch bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie sich die Achtung aller derjenigen erworben haben, an deren Seiten sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wozu sie kommen. Ich bin auch sicher, daß sie sich ebenso über die Versicherung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, mit denen wir im Kriege assoziiert sind, energisch alle Vorschläge aufrecht erhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden sowie auf die enge Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festigen werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig festgesetzt sein werden. Nichts vermag mehr unser Ver-

trauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen als die Gefühle, denen ich begegne und die überall die Oberhand haben.“

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Präsident Wilson und seine Gattin sind um Mitternacht abgereist, um das Weihnachtsfest inmitten des amerikanischen Meeres zu feiern.

Paris, 26. Dezember. (Havas.) Die Deutschen erstatteten die den Vanten in Nordfrankreich genommenen Werte, die sich auf annähernd sechs Milliarden belaufen, zurück. Mehrere Geldschätze, von denen jeder 5 bis 7 Tonnen wiegt, welche sich gegenwärtig, von den Deutschen uneröffnet, in Brüssel befinden, werden demnächst nach Valenciennes zurückgebracht werden. Eine große Anzahl von Büchern wird später die von den Deutschen in Lüttich angeammelten Werte nach den französischen Departements zurückbringen.

Alle Gebildeten und Denkenden

sollten es sich zur Pflicht machen, jederzeit über den Rahmen der örtlichen Zeitung hinaus ein großes, führendes nationales Blatt zu halten.

Grund:

Weil das regelmäßige Lesen einer großen und aufgeschlachten Zeitung ein Hilfsmittel geistiger Art ist, wie es besser nicht gedacht werden kann. Ein Organ, das den höchsten Anforderungen genügt, ist die in Essen erscheinende

Rhein.-Westf. Zeitung

Diese erscheint täglich dreimal (Sonntags einmal) u. kostet monatlich nur M. 2,25.

Amt Halver.

Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Wählerlisten für die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 liegen vom Montag, den 30. 12. 1918, ab acht Tage lang zu jedermanns Einsicht während der üblichen Dienststunden offen und zwar, die Listen der Stimmbezirke der Gemeinde Halver im Amtshaus in Halver, Zimmer Nr. 6, die Listen der Gemeinde Schalksmühle im Dienstzimmer des Gemeindevorstehers Groß daselbst. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen sind während der Offenlegungszeit anzubringen für die Gemeinde Halver im Amtshaus Zimmer Nr. 6 und für Schalksmühle bei dem Gemeindevorsteher Groß daselbst.

Halver, den 24. Dezember 1918.

Der Gemeindevorsteher von Halver: Hefeld
Der Gemeindevorsteher von Schalksmühle: Groß.

Amt Halver.

Kriegsgefangene.

Die im Amtsbezirk beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen sind am Sonntag, den 29. Dezember ds. Js. nachm. 5 Uhr beim Gasthof „Zum Löwen“ hier, der dort stationierten Kavalleriepatrouille zwecks Rücktransport ins Lager zu übergeben. Die Uebergabe hat durch die Arbeitgeber selbst zu erfolgen.

Den Kriegsgefangenen ist für einen Tag Verpflegung mitzugeben.

Halver den 27. Dezember 1918.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 9 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichsgesetz vom 30. 11. 1918) und § 4 der Wahlordnung vom gleichen Tage sowie § 1 und 2 des hierzu ergangenen Nachtrages vom 19. 12. 18. wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wählerlisten der Gemeinden Kierspe und Hönshof, erstere im Amtshaus zu Kierspe Zimmer 5, letztere bei Gemeindevorsteher Müller in Bärhausen acht Tage lang und zwar vom 30. Dezember 1918 bis 6. Jan. 1919 zu jedermanns Einsicht ausgelegt sind.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 6. Januar 1919 bei den Gemeindevorstehern von Kierspe bzw. Hönshof schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offensichtlich ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Kierspe-Hönshof, den 27. Dezember 1918.

Die Gemeindevorsteher: Der Amtmann:
gez. Engstfeld-Müller. gez. Hiltbrandt.

Amt Kierspe.

Zuckermarken.

Als Zuckermarke für den Versorgungszeitraum vom 1. 1. 19 bis 15. 1. 19, gelten:

a) gelbe Warenbezugsmarke Nr. 21

b) grüne „ „ „ 8 16

c) blaue „ „ „ 10 13

Jede Marke berechtigt zum Bezuge von 350 Gramm Zucker.

Kierspe, den 27. Dez. 1918.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

An die

Wähler und Wählerinnen der Gemeinde Halver.

Nur große Parteien können wirksam am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. Es gilt jetzt, alle zusammenzuschließen, die auf dem Boden der deutschen Republik stehend, das Schicksal Deutschlands nicht der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat sich am hiesigen Platz eine

Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei

gebildet, welche hiermit zum erstenmal an die Öffentlichkeit tritt und nachstehend einige Programmsätze den Wählern und Wählerinnen vor Augen führen will:

Wir treten bei den Wahlen ein für die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes beruht. In ihr sollen die einzelnen deutschen Stämme ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln können. Wir fordern die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis, und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.

Der ordentlichen Arbeit gebührt als Lohn ein auskömmliches, lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistung der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter, müssen hierzu verhelfen. Auch den wirtschaftlich Schwachen, vor allen den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen unserer Gefallenen, muß der Staat eine menschenwürdige Existenz schaffen. Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch Bürokratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung jeder Art auf Schule und Hochschule zu verbürgen.

Notwendig ist eine wirklich soziale Steuerpolitik! Einmalige progressive Vermögensabgabe auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglicher Schonung der kinderreichen Familien des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftsteuer für jeden größeren Nachlaß. Vor allem schärfste Erfassung der Kriegsgewinne. An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.

Solche Lasten können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des Einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt!

Im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokratie sind wir von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Handwerks durch schleunige Zuführung von Rohstoffen, Kreditbeschaffung und Fürsorge für das Lehrlingswesen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung des Beamten muß auf zeitgemäßer Grundlage gesetzlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert, die Erreichung auch der höchsten Amtsstellen den hierzu Geeigneten ermöglicht werden! Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge müssen gewahrt, die Organisation der Beamten anerkannt werden.

Auch die Bauern sind nicht untergegangen, wie die sozialdemokratische Prophezei hat. Mehr denn je brauchen wir einen starken Bauernstand. Darum verlangen wir Beschränkung des Grundbesitzes, Beseitigung der Fideikomisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte. Der Erwerb von Grundbesitz muß auch den ländlichen Arbeitern durch eine planmäßige Siedlungspolitik erleichtert werden.

Militärische Gewaltpolitik hüben und drüben hat uns in diesen Krieg geführt. Das Recht muß unter den Völkern herrschen: Wir verlangen eine auswärtige Politik, die getragen ist vom Geiste dauernden Friedens und die Deutschlands Geltung in der Welt sichert.

Wir treten ein für einen Bund gleichberechtigter Völker, für internationale Schiedsgerichte und für eine gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen. Im Heere verlangen wir die Beseitigung aller Privilegien.

Wir fordern Freiheit der Meere und freie Entwicklung von Handel und Schifffahrt.

Wir verlangen bei den Friedensverhandlungen auch für uns das volle, freie Selbstbestimmungsrecht, das wir den andern Völkern zustehen. Wir fordern, dass bei der Regelung der Nationalitätenfrage in Elsaß-Lothringen und in der Ostmark neben den nationalen, auch in wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Beziehungen voll berücksichtigt werden.

Wir wollen, daß die Vertreter des deutschen Volkes stolz und aufrecht zur Friedenskonferenz gehen. Wir wollen, daß sie so sprechen wie es den Abgesandten eines ungeheuren Uebermachts unterlegen, heute freien und selbständigen Volkes geziemt.

Wähler und Wählerinnen! In Eure Hand ist Eures Volkes Schicksal gelegt!

Wollt Ihr neue Verwirrung! Wollt Ihr neue zerrüttende Verfassungskämpfe? Wollt Ihr die unnötige Gründung neuer Parteien? Wer mit uns eintritt für den Wiederaufbau eines einigen freien deutschen Vaterlandes, der trete ein in die große

Deutsche demokratische Partei!

Beitrittserklärungen werden angenommen im Gasthof „zum Adler“ (Wwe. Lausberg), im Gasthof „zur Post“ (Carl Schneider) und im Gasthof „zur Ley“ (Otto Höngen) in Halver.



Am 25. d. M. verschied im Krankenhaus zu Lüdenscheid nach kurzer Krankheit mein langjähriger Arbeiter

Carl Penteler

im Alter von 61 Jahren und 4 1/2 Monaten.

Gustav Schürfeld.

Hulvershorn, den 26. Dezbr. 1918.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M. nachm. 3 Uhr in Halver statt.

Pferdeversteigerung.

Am Montag, den 30. d. Mts. nachmittags 2 Uhr sollen am Städtischen Schlachthofe hier

20—30 Militärpferde

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Händler sind von der Versteigerung ausgeschlossen. Käufer haben sich mit Halstern zum Mitführen der Pferde zu versehen. Lüdenscheid, den 27. Dezember 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Amt Halver.

Cinquartierung.

Von dem Kolonnenkommando der Munitionskolonnen 10. Batterie Reserve Fuß-Artillerie-Regiment 20 ist mir nachstehendes Schreiben zugegangen:

Mun.-Kol. 10. Battr. Nieder-Hörsfeld, den 23. 12. 1918. Ref. Fuß-Art. 20.

An den Herrn Vorsteher von

Schulten-Hörsfeld, Nieder-Hörsfeld und Hinter-Hörsfeld.

Vor dem Abziehen aus den hiesigen Quartieren ist es meiner und meiner Mannschaft Wunsch, herzlichsten Dank zu sagen für die so freundliche und gastfreie Aufnahme, die wir hier gefunden haben. Wir haben hier eine ungewollte lange Nacht halten müssen, aus Tagen sind Wochen geworden und die Last der Cinquartierung war daher nicht gering. Für Mann und Pferd der 10. Kolonne war aber der Aufenthalt hier eine rechte Erholung, wir haben hier Schutz gegen die Unbilden der Witterung gefunden und manche gute Stunde verbracht, die wir in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Ich bitte Sie, unsern Dank allen hiesigen Quartiergebern zu übermitteln. Baldy, Leutn. d. B. u. Kol. Abt. Ich bringe dieses zur Kenntnis der Beteiligten. Halver, den 27. Dezember 1918.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 9 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918 und des § 2 der Wahlordnung vom gleichen Tage wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wählerlisten der Gemeindebezirke Lüdenscheid-Land und Hilscheid erstere auf Zimmer Nr. 10 des Amtshauses in Lüdenscheid während der Dienststunden von 8—12 Uhr vorm. und 2—6 Uhr nachm., letztere bei dem mitunterzeichneten Gemeindevorsteher Gregory zu Mühlerohl während der gleichen Dienststunden acht Tage lang und zwar vom 30. Dezember 1918 bis einschließlich 6. Januar 1919 zu jedermanns Einsicht ausgelegt ist.

Wer die Wählerlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist für die Landgemeinde Lüdenscheid bei dem Amtmann zu Lüdenscheid und für die Gemeinde Hilscheid bei dem Gemeindevorsteher Gregory zu Mühlerohl während der angegebenen Tage und Dienststunden schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für die Richtigkeit seiner Behauptungen, falls dieselben nicht offenkundig sind, beibringen.

Lüdenscheid, den 24. Dezember 1918.

Mühlerohl, Der Gemeindevorsteher der Landgemeinde Lüdenscheid: Altrogge. Der Gemeindevorsteher der Gemeinde Hilscheid: Gregory.

Pferdeversicherungsgesellschaft im Amte Halver.

Für die Nachschätzung der Pferde sind folgende Termine angesetzt:

Am Montag, den 30. Dezember, vor dem Gasthof zur Post für die Bezirke:

Halver	von 9 — 9 3/4 Uhr vormittags
Deilinghausen	9 3/4 — 10 1/4 " "
Kamscheid	10 1/4 — 10 3/4 " "
Bergfeld	10 3/4 — 11 1/2 " "
Lausberg	11 1/2 — 12 1/4 " mittags
Eichhofen	12 1/4 — 1 " nachmittags
Bommert	2 — 2 3/4 " "
Hörsfeld	2 3/4 — 3 1/4 " "

Am Dienstag, den 31. Dez. in Oberbrügge vor dem Bahnhof für den Bezirk:

Eichinghausen von 9 3/4 — 11 3/4 Uhr vormittags
An demselben Tage in Schalksmühle nachmittags von 2 1/2 — 4 Uhr vor dem Gasthof Müller.

Der Vorstand.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 29. Dezember.
Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt Herr Pastor Dresbach.
Dienstag, den 31. Dezember
Abends 6 Uhr: Predigt Pastor Dr. Große-Dr. Hülshaus.
Mittwoch, den 1. Jan. 1919
(Neujahrstag)
Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt Herr Pastor Dresbach.

Evangel. Vereinshaus Halver.

Sonntag, den 29. Dezember.
Nachm. 4 Uhr: Weihnachtsfeier der Sonntagschule.
Dienstag abend 9 Uhr: Silvesterfeier.
Mittwoch, den 1. Jan. nachmittags 4 Uhr: Bibelstunde.
Samstag abend 8 3/4 Uhr: Allianz-Beichtstunde.

Kranken- und Sterbekasse Halver.

Wegen Jahresabschluss werden den diejenigen Mitglieder, welche mit ihrem Beitrag noch im Rückstand sind, hiermit ersucht, denselben an unsern Kassenschreiber zu entrichten.
Der Vorstand.

Konsum-Verein für Halver und Umgegend e. G. m. b. H.

Wegen Aufnahme der Lagerbestände sind die Verkaufsstellen von dem 31. Dez. nachm. 4 Uhr bis zum 2. Januar 1919

geschlossen.

Der Vorstand.

In der Nähe vom Staatsbahnhof Halver

2—3 Zimmer

zu mieten gesucht.

Angebot unter Nr. 50 an die Geschäftsstelle „Allgemeiner Anzeiger“, Halver.

Alleinstehender Herr sucht zum 1. Jan. 1919 möbliertes Zimmer wenn möglich mit voller Pension. Angebotesm. Angabe des Preises a. d. Geschäftsst. des Schalksm. Generalanz. erbeten.

Zum 1. Januar evtl. später wird für mein Bureau

ein jung. Schreiber

mit guten Schulzeugnissen gesucht.

Off. unter B 903 befördert die Exp. des „Allgem. Anz.“ Halver.

Gute, junge Ziege

zu verkaufen.

Frau Ww. Rob. Kunz, Ennepe 6. Schwenke.

Kranken-Wein

empfiehlt

Ww. E. Lausberg, Halver, Eölnstraße 2.

Carbidlampen

starke eiserne
sind vorrätig.

Karl vom Hofe, Lüdenscheid.
Knapper- und Augustastr. 2.

Neujahrskarten

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Wer

erteilt einem jungen Mann in Schalksmühle Unterricht in Buchführung?

Angebote unter V. 18 an die Geschäftsstelle Schalksmühle Bahnhofstr. 9 a.

Citronensaft

(künstlich hergestellt)
empfiehlt

Ww. E. Lausberg, Halver i. W., Eölnstraße 2.